

Hochheimer Stadtanzeiger

Amstliches Organ



1. Stadt Hochheim

Geheimrat: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illu. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hirschstr. 15, Telefon 157. Geschäftsstelle in Hochheim: Kassendirektor, Telefon 157.

Anzeigen: Kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärtig 15 Pfg., Reklamen die 6-gespaltene Zeile 30 Pfg. Bezugspreis monatlich 0.95 RM. Postfachkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Donnerstag, den 7. September 1933

10. Jahrgang

Arbeiten und Sparen

Letzte Woche . . .

Deutschlands Auslandsverschuldung. — Fettmarktregelung und Einzelhandel. — Belegung auf dem Baumarkt. — Der deutsch-englische Warenverkehr. — Holland kündigt.

Die langfristigen Auslandschulden Deutschlands belaufen sich nach den letzten amtlichen Zahlen über Deutschlands Auslandsverschuldung auf 10,2 Milliarden Mark, die kurzfristigen Auslandschulden, die bis zum 28. Februar 1934 fällig sind, auf 8,7 Milliarden Mark. Das sind insgesamt 18,9 Milliarden Reichsmark. Außer dieser statistisch erfaßten deutschen Kreditverschuldung an das Ausland müssen noch diejenigen ausländischen Anlagen in Deutschland gelöst werden, die nicht durch Umfrage bei den Schuldnehmern direkt ermittelt werden können. Es handelt sich dabei um die im Besitz von Ausländern befindlichen deutschen Aktien und um sonstige Beteiligungen an deutschen Unternehmungen. Der Wert dieser direkten ausländischen Kapitalanlagen in Deutschland können demnach auf rund 23 Milliarden Reichsmark beziffert werden. In diesen Zahlen ist die Dollarentwertung noch nicht berücksichtigt. Die auf Dollar lautenden Verpflichtungen betragen nach der letzten Zahlung rund 2,1 Milliarden Dollar. Diese Verpflichtungen können nicht ohne weiteres als um den Betrag der Dollarentwertung geringer angesehen werden. Einmal ist die zukünftige Entwicklung des Dollarkurses noch ungewiss; dann enthält ein großer Teil der Dollarschulden auch die sogenannte Goldklausel, über deren gesetzliche Auswirkung zurzeit noch keine verbindliche Entscheidung getroffen worden ist. Die von der Anleihestelle für Auslandschulden ermittelten Auslandskredite sind in der Zeit vom 30. September 1932 bis 28. Februar 1933 um 571 Millionen zurückgegangen. Die Verminderung der gesamten Auslandsverschuldung dürfte mit der tatsächlichen Rückzahlung der deutschen Auslandsschulden weitgehend übereinstimmen. Dabei ist zu bedenken, daß ein beträchtlicher Teil des Rückgangs aus der Schrumpfung des deutschen Außenhandels und der damit zusammenhängenden laufenden Handelskredite hervorgeht.

Nach einer Untersuchung der Forschungsstelle für den Handel sind seit der Regelung der Fettwirtschaft die Margarineumsätze des Einzelhandels der Menge nach um 30—35 Prozent zurückgegangen, dagegen sind die Butterumsätze um etwa 15 Prozent gestiegen. Der vielfach befürchtete Rückgang des Fettumsatzes im Ganzen ist also nicht eingetreten. Der Anteil der Butter am gesamten Fettumsatz war schon vor der Regelung der Fettwirtschaft erheblich größer als der Anteil der Margarine. Für Butter und Margarine zusammen ist somit der tatsächliche Mengenrückgang des Umsatzes im Einzelhandel auf 5 Prozent beschränkt geblieben. Neben der Abwanderung von der Margarine zur Butter ist bei den noch verbleibenden Margarineumsätzen eine starke Umschichtung des Anteils der einzelnen Preislagen erfolgt. Durch den für alle Margarinearten gleichen Steuerbetrag von 25 Pfennig pro Pfund wurde die billigste Margarine relativ am stärksten verteuert. Trotz dieser Verteuerung durch die Steuer, zu der noch andere Zuschläge kamen, die eine Preissteigerung von 28 auf 63 Pfennig pro Pfund für die Konsummargarine bedingten, erwies sich der Absatz dieser Sorte als widerstandsfähiger als der der teuren Margarinearten, deren Preis in allzu großer Nähe des Butterpreises rückte. Daher ist seit der Regelung der Fettwirtschaft eine beträchtliche Abwanderung von teuren zu mittleren und billigeren Margarinearten erfolgt. Ein überraschendes Ergebnis der Untersuchung ist, daß trotz Wanderungen von Umsatzwert, Umsatzmenge und Umsatzsumme der Bruttoertrag, den der Einzelhandel aus dem Fettverkauf erzielt, sich kaum irgendwie verändert hat. Dem gleichgebliebenen Bruttoertrag steht allerdings unverkennbar eine gewisse Steigerung der Handelsleistungen und Handelskosten gegenüber. Trotz Rückgangs der Umsatzenmengen muß der Handel beim Fettverkauf für den gleichgebliebenen Bruttoertrag eine um etwa 2 bis 3 Prozent größere Zahl von Kunden bedienen. Unabhängig von dieser Leistungssteigerung ist eine Steigerung gewisser Kostenteile auch deshalb eingetreten, weil ein Teil der Kosten (Umsatzsteuer, Zinsen) vom Wert und nicht von der Menge der umgesetzten Ware abhängig ist.

Die öffentliche Arbeitsbeschaffung hat sich, soweit jetzt übereinstimmend festgestellt werden kann, auch auf die Bauwirtschaft ausgedehnt. Vornehmlich ist nach wie vor das Tiefbaugewerbe beteiligt. Die bisherigen Bauausführungen stammen meist noch aus dem Papen- und dem Sofortprogramm. Letzteres schloß den Hochbau allerdings vollkommen aus. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der nationalen Regierung werden nach gegenüber früher erstaunlich kurzer Vorbereitungszeit erst in Kürze zur Ausführung gelangen, nachdem die Richtlinien und Durchführungsbestimmungen usw. jetzt zum größten Teil vorliegen. Dabei wird auch das Hochbaugewerbe einige Belegung erfahren. Bei den Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungsgebäuden usw. handelt es sich um größere Instandsetzungsarbeiten. Da auf diesem Gebiete in den letzten Jahren sehr viel verläumt

merzung der Fehler durch entsprechende Dezentralisation gebessert werden könne, oder ob man wieder das frühere System zur Grundlage nehmen müsse.

Der Nationalsozialismus sehe das Schwerkraft der ganzen Wirtschaft in den produzierenden Betrieben. Ihnen müsse der Handel als Verteilungshilfe der Waren, wie auch das Banksystem als Verteilungshilfe für den Kredit dienen.

Mit größter Beschleunigung müsse daran gearbeitet werden, das Bankwesen so zu gestalten, daß es seine große volkswirtschaftliche Aufgabe wieder voll erfüllen könne. Unter anderem werde es notwendig sein, nachzuprüfen, ob die Verteilung der Aufgaben zwischen den einzelnen Arten der Institute richtig sei. Aus politischen Gründen müsse größter Wert darauf gelegt werden, die Sparkassen wieder zu den sichersten und zuverlässigsten Instituten auszubauen. Aufgabe des Staates sei es, sich nicht unnötig in die Wirtschaft zu mischen. Hierdurch sei schon ein gewisses Charakteristikum für die Staatsbank gegeben. Sie soll dem Staate zur Verfügung stehen und so stark sein, daß sie in Zeiten der Not in der Lage sei, der Wirtschaft zu helfen. Die Schaffung besonderer Banken für die einzelnen Stände innerhalb des ständischen Aufbaues des Staates sei nicht erwünscht. Die Frage der Zinsenkung sei im Wesentlichen ein Problem des Kapitalmarktes, dessen Gestaltung hier weniger zur Erörterung stehe.

Geheimrat Dr. Friedrich von der Reichsbank wies darauf hin, daß die Untersuchungen ohne besondere gesetzliche Anordnung im engen Einvernehmen zwischen Reichsregierung, Bankensukzessorium und Reichsbank vorgenommen werden.

Keine Sozialisierung der Produktion

In der Eröffnungsitzung machte auch Staatssekretär Feder vom Reichswirtschaftsministerium einige prinzipielle Ausführungen. Ueber das Verhältnis von Staat und Wirtschaft betonte er, daß der Nationalsozialismus jegliche Sozialisierung auf dem Gebiete der Produktion ablehne. Das gegen müsse der Staat auf dem breiten Gebiet der Zirkulation, welches zwischen Produktion und Konsumtion liegt, normgebend sein. Das Geldwesen habe Funktionen höchster Ordnung gegenüber der Volkswirtschaft zu erfüllen und deswegen müsse sich bei ihm der Staat einschalten.

Feder legte sich vor allem für eine Vereinheitlichung des Giralgeldes für ganz Deutschland ein und hob die Bedeutung des Giralgeldes für die Volkswirtschaft (schneller Geldumlauf, vorteilhafte Bewirtschaftung hervor. In diesem Zusammenhang wandte sich Staatssekretär Feder gegen die früher aus politischen Beweggründen unter dem Schlagwort „Feder-Geld“ erhobenen Angriffe auf nationalsozialistische Grundsätze über das Geldwesen.

Die letzte Fahrt des Bischofs von Berlin

Berlin, 6. September.

Der erste Bischof von Berlin, Dr. Christian Schreiber, wurde unter großer Teilnahme der Berliner Katholiken zu Grabe getragen.

Gegen 9.15 Uhr wurde der schlichte Sarg, der mit der Mitra geschmückt war, durch das Hauptportal aus dem bischöflichen Ordinariat hinausgetragen, nachdem sich der Apostolische Nuntius Orsini mit den deutschen Bischöfen in das Trauergefolge eingefügt hatte. Die amtierende Geistlichkeit schloß sich an. Hinter dem Sarge schritten die Angehörigen des toten Bischofs, die Ehrengäste sowie die Ritter des Maltheiser-Ordens.

In der ersten Reihe der Ehrengäste bemerkte man Reichsminister G. v. Helldorf als Vertreter der Reichsregierung, ferner den preussischen Minister Rust als Vertreter des Ministerpräsidenten Brüning und Staatssekretär Brauer als Vertreter der preussischen Regierung. Eine unüberschreibbare Menschenmenge und Tausende von Kindern aus den katholischen Schulen umsäumten die Straßen.

Unter den Klängen eines Trauermarsches wurde der Sarg von acht Kaplänen in die Kathedrale getragen. Kardinalbischof Dr. Bertram zelebrierte unter Assistenz von Prälat Hary-Schneidemühl und Bischof Kaller von Tauerberg-Ostpreußen das Requiem. Domvikar Steinmann hielt die Trauer- und Gedächtnisrede.

An den Trauerfeierlichkeiten nahm als Repräsentant der Evangelischen Kirche Landesbischof Müller teil.

Nach dem feierlichen Requiem wurde der Verstorbenen von Kardinalbischof Dr. Bertram eingeseget, worauf der Sarg in die Gruft des St. Hedwig-Domes neben dem Weihbischof Deitmer beigesetzt wurde.

14 Tote, 20 Verletzte

Schweres Eisenbahnunglück im Staate Newyork.

Binghamton (Newyork), 6. September.

Ein furchtbares Eisenbahnunglück hat sich hier ereignet. In voller Geschwindigkeit fuhr ein Güterzug auf einen Personenzug auf. Die letzten beiden Wagen des Personenzuges sind vollkommen zertrümmert. Soweit man bisher übersehen kann, hat dieses Unglück 14 Tote und 20 Verletzte gekostet.

Eröffnungssitzung des Untersuchungsausschusses der Bankensukzessorien. — Die Aufgaben der Staats- und privaten Geldinstitute. — Zinsgestaltung und Kreditverteilung.

Berlin, 6. September.

Der für die Durchführung der Bankensukzessorien gebildete Untersuchungsausschuss trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht führte zur Begründung der bevorstehenden Arbeiten aus, daß das deutsche Bankwesen durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen schwerer Beeinträchtigung erfahren hat und daß dieses Bankwesen gegenüber den Problemen, die die wirtschaftliche und nationale Umwälzung mit sich gebracht hat, in seiner gegenwärtigen Gestaltung nicht zureicht. Die nationalsozialistische Regierung werde aus den Untersuchungen notwendigen Folgerungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung ziehen und für die Abstellung der vorhandenen Unzulänglichkeiten ihre Maßnahmen treffen.

Der Staat als einziger Geldschöpfer

Die Banken seien nicht Geldschöpfer, sondern Geldverwalter. Geldschöpfer sei allein der Staat durch seine Währungs- und Kreditpolitik, für welche eigene Gesetze gelten. Die Reichsbank sei mit ihrer Notenpresse heute die einzige wirkliche Geldschöpferin für das Kreditwesen der deutschen Wirtschaft. Die sorgfältige Handhabung der Notenpresse sei notwendig für alle Wirtschaftspolitik auf dem Gebiete der Währung und der Preise sowie der öffentlichen wie der privaten Haushalte. Die Frage werde zu prüfen sein, ob das Geld und die Kreditvermittlung in den Händen der Banken grundsätzlich zu entziehen sei und alle Geldschöpfung, die ihr Geld ausleihen wollen oder die Kredite in Anspruch nehmen möchten, hierbei an den Staat gebunden sein sollten.

Die Leistung des Einzelnen

Die Leistung des einzelnen Menschen bilde nicht nur auf moralischem und geistigen, sondern auch auf materiellem Gebiet die Grundlage des Staates. Der materielle Fortschritt eines Volkes beruhe auf Arbeiten und Sparen, also auf zwei sittlichen Faktoren, die in dem Erfolg vom freien Willen eines jeden Menschen bestünden. Dieser freie Wille könne durch eine nationalsozialistische Erziehungsarbeit beeinflusst, aber durch die nationalsozialistische Erziehung nicht erzwingen werden.

Wenn deshalb die Untersuchung des Bankenausschusses zu dem Ergebnis kommen sollte, daß das private Bankwesen grundsätzlich auszuschließen, andererseits aber eine Einschränkung des Staates auf dem Gebiete des Bankwesens nicht zu entbehren sei, so werde man nicht umhin kommen, die Grenzen zwischen beiden Faktoren einzuzeichnen. Ein Durch- und Gegeneinanderarbeiten von Staat und Privatwirtschaft müsse zu gefährlichen Störungen führen.

In völliger Verkennung der Änderungen, die der Wandel in der Wirtschaftsstruktur der Welt hineinbringen mußten, haben viele Bankleitungen mit Billigung und Förderung anderer Nachkriegsregierungen fort, die Geldverteilung auf dem Wege von Konzentration, Fusion und Verschmelzung zu suchen und die zusammengegründeten Eigenheiten der deutschen Wirtschaft anfallenden Gelder der Hereinnahme ausländischen Leihkapitals zu erwidern. Wie weit dieses ganze System auf ein vernünftiges Fundament gegründet werden könne, werde den Ausschlag bei den Untersuchungen eingehend zu beschäftigen haben, wobei die personelle Seite des ganzen Problems am wenigsten acht gelassen werden dürfe.

Außer den erwähnten Fragen werde sich der Enquete-Ausschuss noch mit einer ganzen Reihe weiterer wichtiger Fragen beschäftigen, wie Zinsgestaltung, Kreditverteilung, sowie mit Einzelfragen zu beschäftigen haben. Die Untersuchungen werden unter Mitarbeit und im Lichte der Öffentlichkeit vorgenommen.

Eine wirtschaftliche, keine politische Frage

Der Beauftragte des Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen, Wilhelm Keppler, betonte, alles, was auf dem Gebiet der Wirtschaft geschehe, müsse gesund wachsen, wobei die Konstitutionszeiten sich nicht eigneten.

Die Frage des Bankwesens sei keine politische, sondern eine wirtschaftliche Frage. Es müsse daher zunächst alles auf dem wirtschaftlichen Punkt der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit aus geprüft werden. Man müsse Institute schaffen, die für die einzelnen Persönlichkeiten voll übernehmbar seien, und wo daher der Einzelne die Verantwortung übernehmen könne. Die Unklarheit, wer der Wirtschaftliche sei, habe es mit sich gebracht, daß die Banken von Moral und Sauberkeit verlagert hätten. Ferner müsse man sich zum Herrn der Wirtschaft stellen, statt der Wirtschaft zu dienen. Es müsse geprüft werden, ob das bestehende System durch eine Aus-

worden ist, ist der Verfall naturgemäß viel weiter fortgeschritten und erfordert im einzelnen viel höhere Aufwendungen, als wenn die Arbeiten stets rechtzeitig vorgenommen worden wären. Da die Träger der Arbeiten einen Teil der Kosten aus eigenen Mitteln aufbringen sollen und ihre eigenen Aufwendungen für Instandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten gegenüber früheren Jahren nicht einschränken dürfen, liegt hier eine zusätzliche Arbeitsbeschäftigung vor, die noch über 200 Millionen Mark hinausgeht. Dem Hochbaugewerbe dürfte neben den Baunebengewerben hiervon ein beträchtlicher Teil zufallen.

In dem vom britischen Uebersee-Handel veröffentlichten letzten Bericht des Handelsattachés bei der britischen Botschaft in Berlin über den deutsch-englischen Warenverkehr, der die Zeit vom September 1932 bis Juni 1933 umfaßt, wird u. a. darauf hingewiesen, die Organisation des neuen Staates gehe dahin, Deutschland so weit wie möglich von ausländischen Waren unabhängig zu machen. Soweit diese Ansichten bereits auf die Landwirtschaft angewandt würden, hätten sie infolge Vergeltungsmaßnahmen des Auslandes beträchtliche Verluste der deutschen Ausfuhr bewirkt. Aus den statistischen Ausführungen des Berichtes geht hervor, daß der Wert der englischen Ausfuhr nach Deutschland während der ersten drei Monate des Jahres um 32 Prozent fiel, während die deutsche Ausfuhr nach England in der gleichen Zeit einen Rückgang um 41 Prozent aufwies.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden der Weltwirtschaftskonferenz hat die niederländische Regierung den Zollwaffenstillstand gekündigt. Diese Kündigung ist die erste praktische Folgerung, die ein beteiligtes Land aus dem Mißerfolg der Weltwirtschaftskonferenz gezogen hat. Sie ist gleichzeitig auch die erste ausdrückliche Feststellung dieses Mißerfolges in einem amtlichen Schriftstück. Der Zollwaffenstillstand, der den Regierungen die Verpflichtung auferlegte, keine neuen Maßnahmen zu treffen, die die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Welthandels vermehren könnten, galt ursprünglich bis zum 31. Juli und sollte nach diesem Datum mit einmonatiger Frist gekündigt werden können. Auf der Londoner Konferenz einigte man sich dahin, daß er für die Dauer der Konferenz, die formell ja noch andauert, in Kraft bleiben solle. Holland machte schon damals weitgehende Vorbehalte und hat durch seinen jetzigen Schritt bekundet, daß es die Konferenz als nicht mehr bestehend betrachtet. Das ist die zweite Konsequenz, die die niederländische Regierung innerhalb weniger Wochen aus dem unverkennbaren Scheitern der mehrseitigen Verhandlungsmethode in der Handelspolitik zieht.

Reichsführertagung des Stahlhelms

Berlin, 7. September.

Laut Bundesbefehl des Stahlhelm-Bundesführers, Reichsarbeitsminister Selbte, findet die Reichsführertagung des Stahlhelms am 23. und 24. September in Hannover statt. Stabschef Röhm hat sein Erscheinen zugesagt.

Margistisches Feldlager ausgehoben

Wulsen, 7. September.

Beamte der Staatspolizeistelle Reddinghausen haben in der Nähe von Wulsen in einem Walde ein 150 Mann starkes margistisches Feldlager, das unter kommunistischer Leitung stand, ausgehoben. Die Leute stammten aus den verschiedensten Orten des Ruhrgebiets. Es handelt sich um eine Brutstätte des Margismus, die zum Wochenende regelmäßig von über 150 Personen, weiblichen und männlichen Geschlechtes, besucht wurde.

Sühne für Rotmord-Bluttat

Fastlage für 80 KPD-Funktionäre.

Hamburg, 7. September.

Als Vergeltung dafür, daß Angehörige einer kommunistischen Kolonne in der Nacht zum Sonntag einen SS-Mann durch einen Oberschenschuß verwundet haben, hat der Polizeibefehl von Hamburg angeordnet, daß 80 Funktionäre der KPD im Konzentrationslager Wittemoor für drei Tage in verschärfte Haft zu nehmen und ihnen für die gleiche Zeit die Mittagsmahlzeiten zu entziehen sind.

Das Gnadenhaus.

Roman von Helene Helbig-Tränklein.

(Nachdruck verboten.)

(37. Fortsetzung.)

„Er hat's so gewollt.“

„Du mir's zuliebe, Renate!“

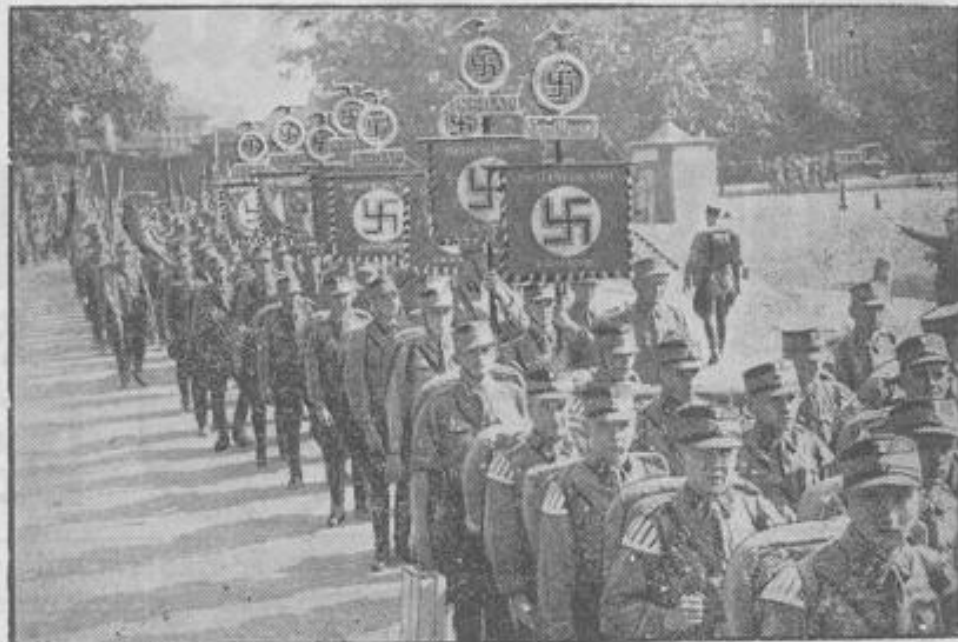
„Muß ich es denn, kleine Heilige?“ Helga nickte.

So trennten sich die Schwestern. Helga fuhr ihren einsamen Weg wieder in die Stadt, es war ihr lieb, daß sie nicht mit Lisa Hausmann zusammentraf, sie wollte allein sein mit ihrem Weh, ihrem brennenden Weh, und dem Bewußtsein, daß sie nun gar keine Heimat mehr hatte.

Sie traf auch Brigitte nicht, von der sie wußte, daß sie nur widerstrebend mit Götz gegangen. Sie dachte dabei, daß Brigitte einst daselbe Schicksal erleiden würde, wie ihre Mutter, denn Götz war seines Vaters getreuer Erbe. Es kam ihr auf einmal in den Sinn, daß die feine, zarte Brigitte viel mehr die Ergänzung zu Wilks sinnigem Wesen hätte sein mögen, als für Götz, in dessen Umgebung sie das Schattenpflänzchen werden mußte, das vor der glühenden Sonne, die diesen Menschen umgab, angstvoll in einen Schatteneckchen schlüpfte.

Traurig entließ sie sich, — traurig suchte sie ihr Lager auf. Sie hatte so viel Liebe in die Heimat mitgebracht, so viel gutes, schönes Wollen, und man hatte es abgewiesen, sie weggeschickt mit ihrem vollen Herzen.

Hatte sie nicht bewiesen, daß sie durchführte, was ihr Wille ihr eingab, war sie nicht als erste der Geschwister selbständiger geworden und hatte versucht, ihren Eltern die Lasten tragen zu helfen, die ihnen die Erziehung ihrer Kinder auferlegte? Vergeltung! Der unbegreifliche Wille eines weltfremden Vaters wütete die leise, schüchterne Neigung zum Versuchen einer liebenden Mutter. Sie stand nun einsam — ganz einsam — oder — gab es doch jemanden, der ihr nahe war, der ihr einsames Herz voll Liebe willkommen blieb und mit stiller, harter Verehrung lobte?



Heimkehr vom Reichsparteitag

Unser Bild zeigt die Rückkehr der Ständer und Fahnen der Berliner SA. Reichsparteitag. Einzug in die Reichshauptstadt.

Saaten- und Erntestand Anfang September

Infolge des trockenen und warmen Wetters in der ersten August-Hälfte konnte das Getreide im allgemeinen ohne größere Schäden eingebracht werden. Lediglich in rauhen Lagen und in Gebieten, wo stärkere Regenfälle die Ernte zeitweilig unterbrochen hatten, waren gegen Monatsende noch einzelne Bestände, besonders an Hafer, auf dem Felde. Das Ergebnis wird nach den vorliegenden Berichten weiterhin recht befriedigend beurteilt. Nur in Ostpreußen haben stärkere Unwetter den Ertrag gemindert.

Die Hackfrüchte sind in ihrem Wachstum durch das vorherrschende trockene Wetter vor allem auf leichten Böden gehemmt worden, so daß ihr Stand im allgemeinen nicht mehr so günstig beurteilt wird wie im Vormonat. Größere Schäden melden die Berichte aus Schlesien, der Provinz Sachsen und dem Rheinlande.

Auch die Futterpflanzen und Wiesen haben durch die Trockenheit gelitten. Vereinzelt vermochten stärkere Niederschläge gegen Monatsende die Schädigung einigermaßen zu beheben. Die Grummeternte ist im Gange. Ihre Erträge sind auf trockenem Boden nicht ausreichend.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Beaufsichtigung: Spätkartoffeln 2,7 (Vormonat 2,5), Zuckerrüben 2,8 (2,5), Runkelrüben 2,7 (2,5), Alee 2,8 (2,6), Luzerne 2,9 (2,7), Bewässerungswiesen 2,7 (2,6) und andere Wiesen 3,0 (2,8).

Acht Tote bei Flugzeugunglück

Hohe Beamte der Sowjetunion getötet.

Moskau, 6. September.

Südlich von Rodossk in der Nähe des Ortes Lopasna stürzte ein Flugzeug ab. Der stellvertretende Volkskommissar für die Schwerindustrie Baranow und seine Gattin, vier hohe Beamte der Sowjetunion, der Flugzeugführer und der Bordmechaniker fanden den Tod.

Die Orkanverwüstungen in Texas

Orleans, 6. September.

Die Küstenplätze des Staates Texas haben durch den Orkan, der die Wogen des Golfes von Mexiko haushoch aufwühlte und weit in das Land hineintrug, stark gelitten. Viele Schiffe wurden auf den Strand geworfen. Zahlreiche Dörfer waren überschwemmt. Die Einwohner ergriffen in Eile die Flucht. Besonders groß ist der Schaden in Rodport. In San Antonio sind zwei Todesopfer zu beklagen. Brownsville ist von der Außenwelt abgeschnitten. Raymondville, das 2500 Einwohner hat, soll verwüstet sein. Es wird berichtet, daß dort Hunderte kein Dach mehr über dem Kopf haben. Es werden 32 Todesopfer und 1500 Verletzte gezählt. Im Umkreis von 120 Kilometer sollen alle Wege zerstört sein. Die Zahl der Toten in den Städten des Rio Grande-Tales soll beträchtlich sein. Hunderte haben Verletzungen erlitten.

Ankunft des 1000. Pilgerzuges

Trier. In Trier ist der 1000. Pilgerzug eingetroffen. Aus diesem Anlaß hatte sich neben einem Vertreter Reichsbahndirektionspräsidenten eine Abordnung Trierer Bischöfe auf dem Hauptbahnhof eingefunden. Tens der Reichsbahn wurde dem Führer des aus an der Mosel kommenden Sonderzuges ein prächtiges überreicht. Bis Dienstag haben etwa 1 920 000 Pilger Heiligen Rock verehrt.

Am Dienstag trafen fünf Sonderzüge aus Trier ein. Unter den Pilgern befanden sich viele lothringische Geistliche, die im Garten des bischöflichen Palais von Bischof Dr. Bornewasser empfangen wurden. seiner Begrüßungsansprache führte der Bischof aus, es das Bestreben aller Geistlichen sein müsse, sich mehr zusammenzuschließen und in immer stärker werdender Masse dem Frieden der Welt zu dienen. Er gab bei der Gelegenheit seiner Freude über die Schreiben der Bischöfe von Metz und Straßburg Ausdruck, in denen ihre große Befriedigung über den immer stärker werdenden Besuch elsass-lothringischer Pilger in Trier ausgedrückt sei.

Frankfurt a. M. (Die Braut bestohlen.) 18jährige Hans Gebel unterhielt mit einem jungen Mann ein Verhältnis. Bei einer günstigen Gelegenheit er seiner Braut und deren Schwester sämtliche Schmuckstücke und verzeigte sie. Die Sachen konnten herbeigeschafft werden. Die Mutter des jungen „Bräutigams“ ließ sich von der Braut den Betrag 700 Mark. Heute will sie von dem erhaltenen nichts wissen. Gebel wurde festgenommen.

Biedenkopf. (Todessturz eines Wirts.) Als der Landwirt Raffner in Eisa einen Alee beladenen Wagen abladen wollte, stürzte er glücklich vom Wagen, daß er einen schweren Schaden davontrug. Kurz nach seiner Einlieferung in die Klinik ist der Verunglückte gestorben.

Der Bischof von Brandenburg

Berlin, 6. September.

Im weiteren Verlauf der Sitzung der Generalversammlung richtete Pfarrer Edert nach Annahme des Bischofs namens der Deutschen Christen an den Kirchenrat die Bitte, dem Schöpfer dieses Gesetzes, Pfarrer Hoffmann, der den Dank dadurch zu bezeugen, daß er ihn seiner Donnerstag-Sitzung zum Bischof von Brandenburg berufe.

Bei den Wahlen zur Nationalsynode erklärte der Pfarrer der Deutschen Christen, daß, nachdem die „Evangelium und Kirche“ die Tagung verlassen habe, die von den Deutschen Christen beansprucht wurde, die Synode der Synode stand eine Rede des Bischofs Müller. Unter dem Beifall der Anwesenden erklärte er, daß die Kirche nicht eine Kirche der Parteien, sondern eine Kirche des Volkes sein müsse. Die Glieder sollen wieder die Empfindung bekommen, Menschen auf der Kanzel sind Menschen von Fleisch und Blut.

sich ihre neue Arbeit zuweisen zu lassen, um sie am nächsten Tag reslos anzutreten.

Als sie nach einer halben Stunde wieder an ihren Platz rückkam, um aufzuarbeiten, was sie vorher begonnen, standen Herren und Damen in Gruppen plaudernd, ihr Frühstück schreckend, beisammen.

Helga war überall gern gesehen. Sie widmete ihr beschönigtes Brot aus dem Papier und schickte sich an, die Blumen zu die sie mit einigen Kolleginnen an dem Fenster plügte. In der Grün ragten einige Asperagus empor und vertieften neben bar blühenden Primeln dem ganzen einen behaglichen Anblick.

Da trat Dr. Zeuner auf sie zu. „Es herrscht, seit Sie hier sind, ein ganz anderer Ton.“

„Ich Wiegand“, sagte er schüchtern. „So heimlich, so geht es einem ans Herz.“ Sie lächelte.

„Sie überschätzen mich, Herr Doktor“, erwiderte sie. „Ich —“, sie stockte, „ich habe keine Heimat.“

Bitter klangen die letzten Worte, die sie schon bereut hatte zu viel gesagt, aber es war ihm nicht entgangen. Er hatte die Hand entgegen.

„Dah! Ich Sie am Nachmittag zu einem Spaziergang holen, Fräulein Wiegand?“ fragte er mit einem bittenden Blick.

Und sie erwiderte den Druck der Hand, die sich ihr entgegenstreckte, um ihr das zu bieten, was sie hinter sich gelassen hatte.

„Wie gesagt, Herr Pfarrer, ich bin kindertoll und habe Interesse daran, wirklichem Können eines jungen Menschen werts zu helfen.“

Die schöne, straffe Frauengestalt erhob sich aus dem dicken Lehnstuhl. Pfarrer Wiegand streckte die Hände aus, ergreifend die seine Hand der vor ihm Stehenden.

„Haben Sie Dank, herzlichen Dank, Fräulein Wiegand, aber — ich bin nicht in der Lage, dieses Opfer anzunehmen.“

„Frau“, — aber die Stirn, würde es nicht über mich sein? — lassen wir es, und sprechen wir nicht darüber.“

(Fortsetzung)

Sochheim a. M., den 7. September 1933

Imber feiert die katholische Kirche das
Dem Marienkult ist in der christlichen
in hervorragender Rang eingeräumt wor-
Imber gedenkt die Kirche vor allem der
Davids Stamm die Jungfrau gehören
t, der Herr auferstehen hatte, Mutter sei-
n der Welt sterbenden Sohnes werden

Geburt Mariä hat im Orient ihren An-
7. Jahrhundert war sie bei den Griechen
das im Abendlande zuerst von der rö-
kommen wurde und sich nach und nach in
fest eingebürgert hat.

Im Jahre 1912 das Fest nicht mehr als
er steht, hält es der Bauer noch hoch in
orientapelle steht, ist der Gnadenaltar ge-
merlichen Blumen und mit Kornähren. In
den ziehen Wallfahrer mit Kreuz und
orientapellen.

Geburt gibt es viele Bauernregeln, mehr oder weniger Bedeutung beilege-
n: besagt: An Mariä Geburt fliegen die
oder schpinbet ein Wahrzeichen des Som-
fesen und entleidenen frühlichen Seglern.
ritten wandert der Herbst bald in sein
färben sich golden rot, ein Nebelschleier
und mählich zieht ein verhälltes Schwe-
Himmel übers Land.

Einstellung des Mählander Senders. Wie
vorden ist, soll der Großrundfunksender
auf der bisher vom Großsender München
153, (532.9 Meter) arbeiten. Gleichzeitig
eine Sendebelleistung von 100 Kilowatt
innenanlage wird zur Vergrößerung der
vollständig umgebaut. Diese großzügigen
Verbesserung der ungünstigen Ausbrei-
tungsverorgungsbereich des Großsenders
während des Betriebs und in den wenigen
nen der Sendebetrieb ruht, nicht ganz
Die völlige Außerbetriebsetzung, die
s 1. Dezember dauern muß, ist auf das
Maß beschränkt worden. In der Zeit
bis 19. Oktober wird nur eine zeit-
Einstellung des Großsenders durchgeführt
n der Weise, daß er vom 15. bis 30.
Uhr ab und vom 1. bis 19. Oktober
in der bisherigen Weise sendet. In den
er Großrundfunksender Mählander nicht
der früheren Stuttgarter Sender mit
5 Kilowatt auf der jetzigen Welle von
ungen übernehmen.

Nuswanderung, geringere Einreise. Im 1933 wanderten insgesamt 2067 deutsche Uebersee aus, das sind 625 mehr als des Vorjahres; im ersten Vierteljahr deutschen Auswanderer auch schon im ersten Vierteljahr 1932. Die Zahl der über deutsche Häfen betrug 1057 und größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres über Hamburg und Bremen von Uebersee betrug dagegen nur 26856, das ist in den entsprechenden Monaten des Vorjahres der eingereisten Ausländer allein ging 1933, also um 8103 zurück, während der deutschen Reichsangehörigen sich mit 1932 den gleichen Stand hielt.

ungspflichtig? Amtliche Erläuterungen.

des Gesetzes zur Änderung von Vor-
sätzen des allgemeinen Beamtenrechts vom
Durchführungsbefugnissen erlassen
als genehmigungspflichtige
der Beamten jede Tätigkeit, bei welcher
irgend welcher Art eine Vergütung
Genehmigungspflicht sind freundschaft-
liche Vergütung in Geld nicht gemeint

Die Vergütung in Geld nach geübter
Arbeitsbeschäftigungen geringen Um-
fanges, für die Vergütungen im Werte
nicht werden, wenn sie nicht öfter als fünf
Jahre werden. Den gleichen Bestimmungen
beschäftigungen der Beamten unterliegen
ärztliche und zahnärztliche
besonderen reichsgefehligen Regelung
der Privatpraxis aus dienstlichen
werden. Die Genehmigung zur Aus-
praxis kann nicht erteilt werden.
des Schiedsrichteramts oder
tätigkeit soll nur dann genehmigt
öffentliches Interesse an der Zuziehung
oder andere geeignete Personen nicht
Bereits erteilte Genehmigungen
wird die Genehmigung widerrufen, so
eine angemessene Frist zur Lösung ein-
tragungen bewilligt werden. Jahres-
festgesetzt für Zulagen und Vergü-
weise auf Grund des Haushaltsrechts
werden. Ferner ist bestimmt, welche
als Haushaltsaufwands-
belassen werden können, wenn ihm für
er auf Veranlassung seiner vorgeordneten
ne Nebenstätigkeit im Vorstand
a einer auf Erwerb gerichteten Ge-
benossenschaft eine Vergütung
dem Beamten Vergütungen zulassen,
belassen werden können, sind sie an die
Behörden abzuführen.

ng empfohlen! Die Gemeinde Ober-
gren städtischen landwirtschaftlichen Be-
st und den gesamten Vieh- und Wagen-
besitz war ziemlich ansehnlich: 1
td, 10 Milchkühe, 2 Rinder, 1 Säma-
rgeräte. Mit dieser Auflösung gewinnt
Bauernschaft an städtischen Aufträgen
was auch wichtig ist, die mit der In-

Handhaltung der früheren städtischen Betriebe betrauten Arbeiterinnen und Arbeiter können in der Landwirtschaft weiter Lohn und Brot verdienen.

Endgültige Milchpreise sind im Verbandsgebiet des Milchverforgungsverbandes Rhein-Main festgesetzt worden. Der Kleinverkaufspreis für offene Vollmilch frei Haus des Verbrauchers beträgt in Gemeinden mit über 10000 Einwohner 26 Pfg. je Liter, bei Verkauf ab Laden 24 Pfg. In den sonstigen Gemeinden unter 10000 Einwohner verbleibt es vorbehaltlich anderweitiger Regelung, bei der leichter dort üblichen Preisgestaltung, die jedoch 20 Pfg. je Liter nicht unterschreiten dürfen. Milch ab Hof darf nicht unter 2 Pfg. unter dem üblichen Preis verkauft werden.

3 Autounfall. In einer Nacht der vorigen Woche fuhr ein Personenauto gegen die Brüdennauer an der Ziegelei. Die Mauer wurde beschädigt, der Wagen mußte abgedrückt werden. Der Besitzer konnte nicht ermittelt werden.

Auskunft durch die Finanzämter.

Trotz der amtlichen Erläuterungen zum Gesetz der Steuerfreiheit für Erlassbeschaffungen und der dort gegebenen Beispiele werden im Einzelfalle noch Zweifel bestehen können, ob die Voraussetzungen des Gesetzes gegeben sind. Damit aber solche Zweifel, soweit möglich, beseitigt werden, bevor der Steuerpflichtige sich zur Erlassbeschaffung entschließt, hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß die Steuerpflichtigen ihr Finanzamt um Auskunft darüber bitten können, ob ihnen die Steuervergünstigung zusteht. Sie haben dabei dem Finanzamt die Angaben zu machen, deren es zur Prüfung der Frage bedarf. Dazu gehören insbesondere:

1. Beschreibung des neuen und des alten Gegenstandes,
2. Mitteilung über den Zeitpunkt der Anschaffung oder Herstellung des alten Gegenstandes und darüber, was mit dem alten Gegenstand geschieht,
3. Mitteilung über den Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung,
4. Mitteilung über die Maßnahmen, die sicherstellen, daß die Verwendung des neuen Gegenstandes nicht zu einer Unterbeschäftigung von Arbeitnehmern im Betriebe des Inverkehrbringenden führt.

Das Finanzamt hat diese Angaben zu prüfen und dem Antragsteller mitzuteilen, ob es glaubt, dem Steuerausgleich vorzuschlagen zu können, die Steuervergünstigung zu gewähren. Jede Auskunft des Finanzamtes soll aber den Hinweis darauf enthalten, daß eine endgültige Entscheidung erst im Veranlassungsverfahren getroffen wird.

NEBD.-Aufmarsch in Rüsselsheim

Heute findet in Rüsselsheim ein Massenaufmarsch der NSD. statt. Aus Anlaß der Fahnenweihe der Opel-Zellen wird auf dem riesigen Fabrikgelände der Opelwerke eine mächtige Kundgebung der nationalsozialistischen Arbeiterschaft stattfinden, an der nicht nur die über 10 000 Werksangehörigen der Opelwerke, sondern viele Tausende Arbeiter des Kreises Groß-Gerau und der umliegenden Ortschaften teilnehmen. Eine besondere Bedeutung wird diese Kundgebung durch die Anwesenheit der Betriebsräte sämtlicher deutschen Automobilfabriken erhalten. Heute um 4 Uhr nachmittags wird der Aufmarsch der Arbeitermassen auf dem Werksgelände der Opelwerke beginnen. Der Landesobmann der NSD. von Hessen-Nassau-Süd, Gaubetriebszellenleiter Beder-Grantsfurt a. M., wird als Erster zu den Massen der Arbeiter und Angestellten sprechen. Hierauf wird der feierliche Akt der Fahnenweihe folgen.

Arbeit des Eisenbahndirektionsbezirktes beim Parteitag

**** Frankfurt a. M.** Der Parteitag in Nürnberg stellte auch an das Personal im Bezirke der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. große Anforderungen. Neben 10 Sonderzügen, die aus dem Bezirk selbst nach Nürnberg fuhren, nahmen 64 Sonderzüge aus anderen deutschen Bauen ihren Weg durch den Bezirk. In zwei bis drei Tagen mußte der Annmarsch, in einhalb bis zwei Tagen der Abtransport erledigt sein. Diese Beförderungen wurden in kürzester Zeit ausgeführt, ohne daß der regelmäßige Personen- und Güterverkehr berührt wurde. Dazu kam, daß auch zur Ausstellung des Heiligen Rockes in Trier täglich viele Tausende die Eisenbahn benutzten.

Die Frankfurter NSD.-Tagung 8 Tage vorher war im Verhältnis zu den Leistungen für den Parteitag nur ein Aufstich, aber auch eine vorzügliche Vorprüfung. Daß alle diese Massentransporte ohne Störung ausgeführt werden konnten, ist der aufopferungsvollen Tätigkeit des gesamten Eisenbahnpersonals zu danken. Vor, während und nach der Tagung herrschte in allen Betriebsstellen der Reichsbahn Tag und Nacht rastlose Tätigkeit. Das gesamte Betriebspersonal befand sich in Dienstbereitschaft. Die Lokomotivbahnhöfe hielten Lokomotiven unter Dampf, um im Bedarfsfalle sofort Ersatz bereit zu haben. Während der Transporttage waren auf den Strecken mit besonderen Vollmachten ausgestattete Überwachungsstellen eingerichtet, die auftretende Schwierigkeiten sofort behoben.

Von den Sonderzügen wurden hauptsächlich berührt die Strecken: Bebra-Fladen, Elm-Gmünden, Haiger-Dillenburg-Gießen-Friedberg-Alschaffenburg und Frankfurt Goldstein-Frankfurt Süd-Hanau-Alschaffenburg.

Am stärksten wurde die Strecke Bebra-Glieden in Anspruch genommen, am 1. September allein von 78 Zügen, darunter 27 Sonderzüge nach Nürnberg. Diese Betriebsleistungen stellen einen Verkehr von 74 Sonderzügen mit zusammen rund 1500 Wagen und schätzungsweise 80 000 Tagungsteilnehmern — in jeder Richtung also doppelt zu zählen dar. Daneben waren auch die fahrplanmäßigen Züge nach Nürnberg, trotz Vermehrung der Wagenzahl, außerordentlich stark besetzt.

** Frankfurt a. M. Das Gaupressenamt meldet: Reichs-

Haitharter Sprenger traf Montag nacht, von Nürnberg kommend, nach Abwicklung des Rüdtransports der rheinmainischen Nationalsozialisten vom Reichsparteitag, in Ulm ein, um der Herbstübung der 5. Division beizuwohnen. Bekanntlich haben auch der Reichskanzler und Ministerpräsident Göring die Übung besucht.

Reichsstatthalter Sprenger empfing die morgens eintreffenden Truppen des Biegener Infanterieregiments persönlich auf dem Bahnhof Umstatten. Von hier wurde der Marsch gegen die aus der Richtung Münzingen kommenden Truppen der anderen Garbe sofort angetreten. Reichsstatthalter Sprenger war der erste von den diesmal besonders zahlreichen Gästen der Uebung und wohnte den Handlungen der Truppenteile den ganzen Tag über mit großer Anteilnahme bei. In seiner Begleitung befand sich Herr Regierungsrat Reiner, Darmstadt. Auch SM.-Obergruppenführer von Jagow und SM.-Oberführer Bederke aus Frankfurt a. M. waren unter den Gästen der Herbstübung vertreten. Dem Reichsstatthalter und seiner Begleitung war Major von Bothmer vom 15. Infanterie-Regiment als Führer zugeordnet.

Das Gaupresseamt für das Rhein-Main-Gebiet teilt mit: Während Deutschland noch völlig im Zeichen des gewaltigen Tages von Nürnberg steht und Frankfurt a. M. den Tag des Arbeiters noch so frisch in Erinnerung hat wie Rüdelsheim die Saarlundgebung, sollte man meinen, eine gewisse „Ruhepause“ in der NSDAP erwarten zu dürfen. Nun ruft die Gauleitung Heffen-Rassau zum Gautag am 23. September 1933 auf. Die Partei kennt keinen Stillstand.

Der Gau umfaßt das Land Hessen, den Regierungsbezirk Wiesbaden und einen Teil des Regierungsbezirks Kassel (Kinzigtal). Die bekannte Affinität der rhein-mainischen Nationalsozialisten ist sichere Gewähr für ein neues erhebendes Erlebnis unseres Wiederaufstiegs. Schon sind die Vorbereitungen in vollem Umfange aufgenommen, weshalb auch jetzt bereits die Bevölkerung des Rhein-Main-Gebietes auf den ganz unter dem Eindruck des Braunschweiger stehenden Gaus hingewiesen wird.

Alkoholiker verursacht Genetaltatrophe.

Mainz, 6. Sept. Zwischen dem 67jährigen Landwirt Johann Anton Herberg und seinem Sohn Anton in Hechtsheim besteht seit Jahren kein gutes Verhältnis. Der Vater ist etwas leichtlebig und dem Trunk ergeben, während sein Sohn das Gegenteil ist. Nun kam es zwischen Vater und Sohn, wie schon öfters, zu einer Auseinandersetzung, wobei der Vater seinen Sohn mit einem scharf geladenen Revolver bedrohte. Der Sohn wehrte sich mit einem Stod und einem Gummiknüppel und nahm dann schließlich seinem Vater den Revolver ab.

Herberg sen. begab sich hierauf kurz vor 6 Uhr in die mit Frucht und Ackergeräthschaften gefüllte Scheune und zündete aus Rache diese an. Als die Flammen aus der Scheune schlugen und ihm zum Bewußtsein kam, welches Unheil er hier angerichtet hatte, begab er sich in seine Wohnung zurück und hängte sich auf. Dem Sohn gelang es, seinen Vater noch rechtzeitig abzuscheiden und die Feuerwehr zu benachrichtigen. Inzwischen war das Stallgebäude in Brand geraten. Es gelang herbeigeeilten Nachbarn und der freiwilligen Feuerwehr, vorerst das Vieh zu retten, ein Mutter Schwein von fünf Zentnern riß sich los und rannte in den Stall zurück, wo es verbrannte. Außerdem verbrannte sämtliches Geflügel.

In der Zwischenzeit griff das Feuer, durch starken Ostwind unterflüht, auf die mit Frucht und Gerätschaften gefüllten Scheunen zweier anliegenden Nachbarn, der Landwirthe Martin Anton Klein und Adam Klein, über. Auch dort gelang es, sämtliches Vieh zu retten. Da ein weiteres Umsichgreifen des Feuers zu befürchten war, wurde die Berufsfeuerwehr in Mainz alarmirt. Die Wehren hatten eine schwere Arbeit, um die Wohngebäude vor dem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Vier Scheunen mit Inhalt brannten vollständig nieder. Der Brandstifter wurde verhaftet und nach Mainz gebracht.

In letzter Zeit wurden in Darmstadt öfters falsche Zwei-, Drei- und Fünfmarskstücke von unbekannten Fälschern in Umlauf gegeben. Die Fälschstücke sehen den echten täuschend ähnlich und sind nur an der etwas plumpen Art ihrer Prägung zu erkennen. Vor Annahmen wird dringend gewarnt.

**** Frankfurt a. M.** (Vermißter Musikschüler.) Der Musikschüler Rudi Horowitz von hier, 18 Jahre alt, wird seit dem 22. August vermißt. Er befand sich auf einer Urlaubs-Radtour nach Bayern. Die letzte Nachricht von H. liegt aus Laufamholz in Thüringen vor. Seit dieser Zeit fehlt jede Nachricht von ihm. Aus Laufamholz schrieb er an seine Mutter eine Karte, daß sie an seine Quartierwirtin Geld senden sollte.

Mainz. (100 Füllfederhalter gestohlen.) Bei einem Einbruchsdiebstahl, der in der Zeit zwischen dem 2. und 4. September in einem Geschäftshaus in der Christophstraße begangen wurde, sind etwa 100 Füllfederhalter, sämtlich Marke „Maidor“ im Gesamtwert von 1300 RM. entwendet worden. Vor Ankauf der Füllfederhalter wird gewarnt.

Mainz. (In Karnevalstimmung.) Zwei Keller-
räume in einer Kasse in der Wallstraße sind auf-
gebrochen worden, in denen Karnevalsartikel lagerten. Be-
tranten wurden auf die Täter aufmerksam, als diese sich in
maskiertem Zustande auf den Wällen zeigten. Der Beschä-
digte erschien alsbald mit der Polizei am Tatort, um die
Höhe des Schadens festzustellen und die Täter zu ermitteln.

Oppenheim. (Hilfe für die Oppenheimer Katharinenkirche.) Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde weilt in Oppenheim, zur Befestigung der gefährdeten Katharinenkirche. Wie man hört, geht jetzt Hilfe für die Katharinenkirche unmittelbar bevor. Der Kirchengemeinde ist ein namhafter Betrag zur Verfügung gestellt worden, damit zunächst das Dach gründlich aus-gebeßert werden kann. Mit den Arbeiten soll im Lauf der nächsten Woche begonnen werden.

Guntersblum. (Ein fleißiger Weinstock.) Am Haus des Händlers Heinrich Zimmermann wächst ein Traubenstock von 18 Meter Ausdehnung, der den reichen Bezug von über 200 prachtvollen Trauben hat.

Wendelsheim (Rh.). (Dieb am Pranger.) Ein Arbeiter, der das Stempelgeld von zwei Kollegen unterlagern hatte, mußte ein Schild durch das Dorf tragen mit der Aufschrift: „Ich habe meinen Kollegen das Stempelgeld unterlagern und habe dafür drei Tage Arrest auf dem Rathaus.“ Der Polizeidiener beauftragte ihn mit der Ortschelle.

Wer muß einen Verteidiger haben?

Von Justizobersekretär Reghäuser, Weimar.

Es ist gewiß keine angenehme Sache, vor Gericht als Angeklagter stehen zu müssen. Aber selbst der ehrenhafteste Mensch kann durch Zufall, Verleumdung oder Verwechslung einmal in eine Strafsache verwickelt werden. Und hat der Staatsanwalt einmal Anklage erhoben, dann ist es oft schwer, sich aus den Mägen des Gesetzes wieder zu befreien. Ohne Verteidiger wird da mancher Angeklagte schwer auskommen. Die strafrechtlichen Vorschriften sind nun einmal so, daß in vielen Fällen sich nur der Rechtskundige herausfinden kann. Und diesem Umstand trägt das Gesetz Rechnung, indem es anordnet, daß in bestimmten Fällen der Angeklagte einen Verteidiger haben muß. In Frage kommen in erster Linie nur solche Strafsachen, in denen schwere Straftaten abzuurteilen sind. So ist eine Verteidigung notwendig in allen Sachen, die in erster Instanz vor dem Reichsgericht zu verhandeln sind (Verbrechen des Mordes, Totschlags, Meineids, Hoch- und Landesverrats usw.). Eine Verteidigung ist ferner notwendig, wenn der Beschuldigte taub oder stumm ist. Wenn in diesen Fällen der Beschuldigte sich nicht selbst einen Verteidiger gewählt hat, so muß ihm ein solcher von Amts wegen bestellt werden, und zwar selbst dann, wenn er persönlich keinen Wert darauf legt.

Auch in Strafsachen, die vor dem Amtsrichter oder Schöffengericht oder vor der Großen Strafkammer in erster Instanz verhandelt werden, ist eine Verteidigung notwendig, wenn es sich um ein Verbrechen handelt und der Beschuldigte oder sein gesetzlicher Vertreter die Bestellung eines Verteidigers beantragt. Ausgenommen sind hier jedoch solche Straftaten, die nur deshalb als Verbrechen anzusehen sind, weil sie im Rückfall begangen sind (d. h. also solche Delikte, die an sich Vergehen sind, aber durch die Rückfälligkeit des Beschuldigten als Verbrechen qualifiziert werden). Den Antrag auf Bestellung eines Verteidigers muß der Beschuldigte (oder sein gesetzlicher Vertreter) binnen einer Frist von drei Tagen stellen, nachdem er zur Erklärung über die Anklageschrift aufgefordert worden ist. Ist die dreitägige Frist verstrichen, ohne daß der Antrag gestellt ist, so entfällt die Notwendigkeit der Bestellung eines Verteidigers. Eine Verteidigung ist endlich auch notwendig in den vor dem Großen Jugendgericht zu verhandelnden Strafsachen.

In geringfügigeren Strafsachen, in denen eine Verteidigung nicht notwendig ist, kann dem Beschuldigten auf seinen Antrag oder von Amts wegen ein Verteidiger bestellt werden (z. B. wenn der Beschuldigte im Sprechen unbeholfen ist oder wenn Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit bestehen). Zu Verteidigern können neben Rechtsanwälten auch Justizbeamte, die nicht als Richter angestellt sind (z. B. Rechtspfleger und Referendare), bestellt werden. Einen Anspruch auf Bestellung eines Verteidigers außerhalb der Fälle der notwendigen Verteidigung hat der Beschuldigte niemals, auch dann nicht, wenn er wegen Armut nicht imstande ist, einen Wahlverteidiger zu bezahlen. Ist dem Beschuldigten ein Offizialverteidiger bestellt worden, so wird die Bestellung vom Gericht zurückgenommen, wenn der Beschuldigte sich demnächst einen anderen Verteidiger selbst wählt. Dem zum Verteidiger bestellten Rechtsanwalt werden für die geführte Verteidigung die Gebühren aus der Staatskasse bezahlt. Der Staat kann aber von dem Verurteilten, wenn er zur Zahlung in der Lage ist, die gezahlten Beträge wieder zurückverlangen.

**** Weßberg.** (Unter die Räder des Lastwagens gekommen.) Auf der Landstraße Hallenberg-Wunderthausen wollte der Beifahrer eines Lastkraftwagens abspringen. Dabei blieb er mit seinem Kopf hängen und kam unter den Wagen zu liegen, der über ihn hinwegging. Schwer verletzt kam er ins Krankenhaus, wo er kurz nach der Einlieferung starb.

**** Ufingen.** (Beim Obstpflücken tödlich abgestürzt.) Der 33 Jahre alte Gastwirt Willi Ott in Mauloff stürzte am Samstag beim Pflücken von Mirabellen vom Baum. Obwohl der Sturz nicht sehr tief war, erlitt er einen doppelten Schädelbruch, an dessen Folgen er am Montag erlegen ist.

Hohenjohms (Kreis Wehlar). (Beim Pistolenreinigen tödlich verunglückt.) Der hiesige Gendarmerie-Oberwachmeister Hirschmann verunglückte dadurch tödlich, daß sich beim Reinigen seiner Pistole die Waffe unerwartend entlad und der Schuß ihm in den Bauch drang. Kurze Zeit darauf, noch bevor der rasch herbeigerufene Arzt zur Stelle sein konnte, verstarb der Beamte an seiner schweren Verletzung.

Hitler-Jugend schreibt: Der Nationalsozialismus will den einheitlichen, nationalen und sozialistischen Staat, und dazu brauchen wir die einheitliche deutsche Jugend. Wir können, dürfen und werden nicht dulden, daß neben den Brauhenden auch noch Blauhenden auf den Straßen marschieren. Der Gedanke des Nationalsozialismus ist total und beansprucht die gesamte Jugend für sich, denn die Jugend von heute ist der Staat von morgen. Wir haben die Verpflichtung kommenden Generationen gegenüber, unsere von der Geschichte gestellte Aufgabe zu erfüllen. Deshalb gibt es nur eins für uns: Durchführung des revolutionären Gedankens bis zum letzten Ende, die Vernichtung aller Jugendbünde und Eingliederung in die eine deutsche Jugend, die Hitler-Jugend, die Staatsjugend wird. Der erste Schritt ist getan: Baldur von Schirach ist Jugendführer des deutschen Reiches.

Rundfunk-Programme

Frankfurt a. M. und Kassel (Südwestfunk).

Jeden Werktag wiederkehrende Programmmummern: 6 Gymnastik I; 6.30 Gymnastik II; 7 Nachrichten, Wetter; 7.10 Choral; 7.15 Konzert; 8.15 Wasserstandsmeldungen; 11.45 Zeitangabe, Nachrichten, Wirtschaftsmeldungen, Wetter; 12 Konzert; 13.15 Nachrichten, Wetter; 13.30 Mittagskonzert; 14 Nachrichten; 14.10 Werbefunk; 15 Giehrer Wetterbericht; 15.10, 16.25, 17.50, 18.50, 22.20 Zeit, Nachrichten, Wetter; 16.30 Konzert; 18.45 Kurzbericht vom Tage; 19 Stunde der Nation.

Freitag, 8. September: 15.20 Musikalischer Zeitvertreib; 18 Finnlands Freiheitskampf, Erlebtes und Erfahrenes; 18.25 Zeitfragen; 20 Die Dampfer „Elsa“ und „Frieda“, Hörbild; 21 Dreimal 5 Minuten; 21.15 Blasmusik; 22.30 Zeit, Wetter, Sport; 22.45 Nachtmusik.

Samstag, 9. September: 10.10 Schulfunk; 14.30 Kleines Wochenend; 15.30 Stunde der Jugend; 18 Grundfragen der Wirtschaftsregulierung, Vortrag; 18.25 Zeit, Wetter, Wirtschaftsmeldungen; 18.30 Wochenschau; 18.50 Kurzbericht vom Tag; 20 Großer bunter Abend; 22.30 Zeit, Wetter, Sport; 22.45 Nachtmusik.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt

Freiw. Sanitäts-Kolonie vom Roten Kreuz Hochheim am Main

Sonntag, den 10. September, vormittags 6.30 Uhr Landeübung am Weiber. Zusammenkunft im Depot. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Das Kommando.

Betr. Steuerzahlungen und Steuergutscheine.

Die Steuerpflichtigen für staatl. und städt. Einkommensteuer und städt. Gewerbesteuer werden hiermit drücklich darauf hingewiesen, daß ihnen Steuergutscheine für die Steuerbeträge zustehen, die in der Zeit vom 1. 1. 1932 bis 30. September 1933 fällig waren und gegen die Zuteilung von Steuergutscheinen hat zu unterbreiten. Die Zuteilung von Steuergutscheinen hat zu unterbreiten, jedoch nicht spätestens zu diesem Termin einbringen. Es wird daher im Interesse aller Steuerpflichtigen gefordert, die fälligen Steuern, wie sie oben bezeichnet, spätestens bis 30. September 1933 zu zahlen, da andernfalls die Meldung als gutschuldig Leistung nicht mehr erfolgen könnte und die betr. Steuern dann der durch die Zuteilung der Gutscheine erfolgenden 40%igen Anrechnung ihrer Zahlungen auf späteren Steuern oder der sonstigen Verwertung der Steuern verlustig gehen.

Hochheim am Main, den 6. September 1933.

Die Stadtkasse: J. B. ...

Eine neu renovierte

Wohnung

bestehend aus

2 Zimmer u. Küche

mit Zubehör zu vermieten, eventuell Haus zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle Massenheimerstr. 25

Ab heute steht ein frischer Transport hannoveraner Ferkel u. Läufer-Schweine zum Verkauf bei August Bastings Massenheimerstraße 5

Die billige Familien-Zeitung für jedermann

KOSMO

3 Hefen mit Bildern und vielartigen Texten

1 hochinteressante Buch im Wert von nur RM

1.85

Gesellschaft der Naturforscher

Unterstützt eure Lokalpresse

G.-B. Sängerbund 1844, Hochheim

Außerordentliche

General-Versammlung

am Samstag, den 9. Sept. abends 9.00 Uhr im Gasthaus „Zum Taunus“. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Führer.

ScherlsMagazin

erzählt und zeigt in vielen Bildern im Septemberheft

Von Klatsch und Tratsch und anonymen Briefen: Das phantastische Leben der „deutschen Edison“ Hermann Ganswindt. Wer man alles mit seinem Hund machen kann! Wie unsere Großmutter früher in den Alpen kletterte u. wie heute. Von Gesichtern des Alltags, die die Kamera überraschte. Außerdem Novellen, Rätsel und Humor.

Überall 50 Pfennig



DIE WOCHE

Sondernummer

Nordische Kultur

Ein Thema der Zeit — denn nach Norden ist der Blick des neuen Deutschland gerichtet, nach seiner Heimat und der Wiege seiner Kultur. Aufsätze bedeutender Autoren. Stimmungsvolle Bilder zeigen Menschen, Landschaft und Kultur.

Die neue WOCHE überall 1.40 Pfg.

Verbilligung der Stellen-Anzeigen im bekannten Familienblatt

DAHEIM

(über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete verbreitet)

Stellen-Gesuche jetzt nur 60-³ für die Druckzeile
Stellen-Angebote jetzt nur 80-³ (= 7 Silben)
(Ein einmaliges Inserat führt meist zum Ziele.)

Die Anzeigen-Annahme für den Personal-Anzeiger des Daheim befindet sich in unserer Geschäftsstelle:

Verlag: Hch. Dreisbach, Flörsheim

NIVEA Zahnpasta

mild, leicht schäumend, ganz wundervoll im Geschmack.



für die GROSSE Tube

Seine Majestät der Kunde

seit 50 Jahren das Wichtigste für uns: zufriedene Kunden

Besonders billig:

Eier-Gemüsehörnchen

Vollheringe . . . 3 Stk.

Milchner Heringe . . . 3 Stk.

Bratheringe . . . Liter-Doz.

Rollmops . . . Liter-Doz.

Bismarckheringe . . . Liter-Doz.

Schinken gekocht . . . 1/2 Pfd.

Neues Sauerkraut . . . 1/2 Pfd.

Dörrfleisch mager . . . 1/2 Pfd.

Oelsardinen . . . 1/2 Pfd.

Fettheringe in Tomatensoße . . . 1/2 Pfd.

Erdnüsse frisch geröstet . . . 1/2 Pfd.

Latscho